



---

---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

62. Sitzung (öffentlich)

18. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** setzt der Ausschuss den ursprünglichen Punkt 5 "Entbürokratisierung: Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den technischen Überwachungsvereinen übertragen" von der Tagesordnung ab. 1

**1 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Besoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndL-BesG)** 2

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/5958  
Vorlage 13/3029  
Zuschriften 13/4380, 13/4382 Neudruck

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz öffentlicher Dienst - FHGöD) und zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)** 3

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6168

Der Ausschuss kommt überein, am 20. Januar vormittags eine Anhörung durchzuführen und am 17. Februar 2005 über diesen Gesetzentwurf abschließend zu beraten.

- 3 **Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)** 4

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS )DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4692  
Vorlagen 13/2528, 13/3063, 13/3066  
Zuschriften 13/3621, 13/3644, 13/3878, 13/4407, 13/4431, 13/4432

Der Ausschuss verständigt sich darauf, am 2. Dezember 2004 abschließend über diesen Gesetzentwurf zu beraten.

**4 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren 5**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5945

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

**5 Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW 8**

Vorlage 13/3041

1. Evaluierungsbericht

Auf die Bitte von Monika Düker (GRÜNE) hin setzt der Ausschuss die Behandlung des Punktes von der Tagesordnung ab.

**6 Schießübungsmöglichkeiten der Polizei (s. Express vom 18.10.04) 9**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

**7 Petition 13/2784 10**

Vorlage 13/2532

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministers entgegen und führt darüber eine Aussprache.

\*\*\*\*\*



ausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Heute sollte sich darüber verständigt werden, in welchem zeitlichen Ablauf die Beratungen durch- und wann sie zu Ende geführt werden sollten. Falls eine öffentliche Anhörung und ein Sachverständigengespräch beantragt werden sollte - eine Anhörung wäre jedoch erst am 17. Februar 2005 möglich -, wäre es schon jetzt aus Zeitgründen nahe liegend, heute den Termin und den Sachverständigenkreis festzulegen und - falls gewünscht - sehr kurzfristig einen Fragenkatalog zu entwerfen.

**Jürgen Jentsch (SPD)** schlägt vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Angeschrieben werden sollten die kommunalen Spitzenverbände, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und je Fraktion ein Sachverständiger. Die abschließende Beratung sollte am 20. Januar 2005 durchgeführt werden.

**Holger Ellerbrock (FDP)** sagt, vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte, die auch in dieses Thema hineinspielt, halte er eine schriftliche Anhörung für nicht ausreichend. Insofern plädiere er für eine öffentliche Anhörung.

**Monika Düker (GRÜNE)** gibt zu bedenken, dass eine Anhörung frühestens im Februar möglich sei und bereits im Mai die Landtagswahl stattfindet. Insofern würde nicht ausreichend Zeit bestehen, um die Anhörung auszuwerten, darüber zu beraten und zu einer Entscheidung zu kommen.

**Holger Ellerbrock (FDP)** ist der Auffassung, dass über dies Thema ausführlich beraten werden müsse und man sich keinem Zeitdruck unterwerfen sollte. - **Theo Kruse (CDU)** schließt sich den Ausführungen und dem Vorschlag auf Durchführung einer öffentlichen Anhörung des Abgeordneten Holger Ellerbrock (FDP) an.

Nach kurzer Diskussion kommt der **Ausschuss** überein, am 20. Januar 2005 vormittags eine Anhörung durchzuführen und am 17. Februar abschließend über dieses Thema zu beraten.

**Vorsitzender Klaus Stallmann** bittet darum, dem Ausschussekretariat bis zum 25. November 2004 die Anzuhörenden zu benennen.

### **3 Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS )DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)**

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4692

Vorlagen 13/2528, 13/3063, 13/3066

Zuschriften 13/3621, 13/3644, 13/3878, 13/4407, 13/4431, 13/4432

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, man habe eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchgeführt und die Stellungnahmen erhalten. Leider hätten sich zwei der benannten Sachverständigen, nämlich Herr Prof. Burgi und Oberstaatsanwalt Schauensteiner aus Frankfurt, nicht beteiligt.

**Monika Düker (GRÜNE)** gibt an, dass sich ihre Fraktion derzeit noch im Beratungsverfahren befinde. Welche Änderungsvorschläge sich für ihre Fraktion ergäben, könne sie im Moment noch nicht sagen. Sie rege an, dieses Thema in der Sitzung am 2. Dezember abschließend zu beraten. - **Jürgen Jentsch (SPD)** äußert sich im gleichen Sinne.

**Vorsitzender Klaus Stallmann** bittet darum, bis zum 30. November die Änderungsanträge schriftlich vorzulegen, da am 1. Dezember einige mitberatende Ausschüsse tagten.

**Holger Ellerbrock (FDP)** und **Theo Kruse (CDU)** sind mit dem Verfahren einverstanden.

**4 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/5945

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, der Rechtsausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung mit den Stimmen der SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP entschieden, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten und der Ausschuss für Kommunalpolitik hätten am 30. September bzw. am 13. Oktober entschieden, den Antrag abzulehnen.